

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 147

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.

Halver

Montag, den 26. Juni 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg. im Reklameteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Vorforgung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages hat bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Demokraten die Getreideumlage abgelehnt.
- * Präsident Calonder legte bei seiner Einführung in Kattowitz ein feierliches Gelöbnis ab, für einen gerechten Schutz der oberstehtlichen Minderheiten Sorge zu tragen.
- * Wegen der Rede des Reichspräsidenten Goebbels über den Anschluss Österreichs beschloß die Völkervereinigung eine Protestnote an die deutsche Regierung zu richten.
- * Die französische Kammer hat mit 340 gegen 253 Stimmen die militärische Dienstzeit auf 18 Monate festgelegt.
- * Im Moskauer Prozeß gegen Sozialrevolutionäre erklärte der Geheimsekretär der französischen Botschaft Pascal als Zeuge, wie Frankreich versucht habe, Rußland zu zerschlagen.
- * Amerika fordert von den Alliierten beschleunigte Stellungnahme zu seiner Schuldbefreiung.

Revanchemärchen.

Keine Dummheit und keine Unwahrheit ist gewissermaßen Franzosen schlecht und töricht genug, wenn sie von ihr im Interesse des Revanchegedankens, dessen sie auch heute noch nicht entraten können, Gebrauch machen wollen. Insbesondere ist es einer der früheren Kriegsminister, der jetzige Abgeordnete Lefebvre, der sich von Zeit zu Zeit immer wieder durch ebenso unsinnige wie heftige Kammerreden öffentlich hervorruft.

Man erinnert sich noch seiner früheren Leistungen auf diesem Gebiet, deren wahre Bedeutung hinterdrein, als es gelang, den Allensbacher Anspach in Berlin zu ermitteln und einigermassen hinter seine Schliche zu kommen, freilich nach Gebühr erkannt wurde. Herr Lefebvre möchte erklären so viel er wollte, daß er mit diesem unserm angenommenen Mitbürger nichts zu tun gehabt habe, die übereinstimmung seiner Redereien mit den bei Anspach vorgefundenen Papieren sprach so deutlich, daß seine Dementis ohne jeden Eindruck blieben. Trotzdem fand Herr Lefebvre den Mut, auch jetzt wieder in der Kammer, bei der entscheidenden Beratung über die Dauer der militärischen Dienstzeit, abermals seine Stimme zu erheben. Wieder stellte er die Behauptung auf, daß Deutschland die Bedingungen des Versailler Vertrages noch lange nicht erfüllt habe. Insbesondere sei noch längst nicht die ganze deutsche Militärlinie zerstört worden, denn die notwendige Kontrolle hätte die Kräfte der „nur“ aus vierhundert Personen bestehenden Kommission des Generals Nollet überstiegen. Von der nur ihm bekannten deutschen Geheimarmee wußte er der Kammer neue Schauerstücke zu erzählen, wie er auch dabei verblühte, daß die Reichswehr jährlich ihre rund 250 000 Mann ausbilde. Deutschland sei noch lange nicht so geschwächt, wie es vortäuschen suche. Es wäre das größte Verbrechen, wenn Frankreich seine Streitkräfte herabsetzen wollte, so lange Deutschland seine Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt habe. Auch davon stunkerte er seinen Hörern etwas vor, daß die deutsche Militärorganisation in den letzten beiden Jahren eine bedeutende Entwicklung genommen hätte, und daß seine privaten Militärorganisationen weiter ausgebaut worden wären. Ja, damit nicht genug, behauptete er sogar, daß Deutschland bereits sein Kriegsmaterial wiederhergestellt habe. Somit sei es klar, daß es sich auf einen neuen Krieg vorbereite, und man täte unrecht daran, derartige Warnungen, die er auf authentische und ernst zu nehmende Dokumente stützen könne, in den Wind zu schlagen. Der ungemein phantasievolle Redner wurde zwar von der Linken mit Zwischenrufen unterbrochen, daß solche Reden, wie er sie gewohnheitsmäßig halte, zum Kriege führen müßten. Aber Herr Lefebvre ließ sich nicht beirren. Natürlich versicherte auch er, daß niemand in Frankreich den Krieg wolle. Aber das gleiche haben bekanntlich immer, und gerade in Frankreich, die unbändigsten Kriegsheer versichert, und selbst Herr Poincaré ist es niemals eingeschallen, zu sagen, daß er den Krieg wolle. Nur seine Politik war in Tat und Wirklichkeit auf den Kriegsausbruch eingestellt, schon einfach um deswillen, weil sie Ziele verfolgte, die kein noch so friedliebender Staat, der seine Selbstachtung nicht preisgeben möchte, ohne den äußersten Widerstand zulassen konnte. Lefebvre vertrat die Meinung, daß diejenige Politik zum Kriege führe, die Frankreich schwächen und die Welt glauben machen möchte, daß Frankreich zum Kriege rufe. Natürlich wiederholte er auch bei dieser Gelegenheit, daß die deutschen Polizeiorganisationen rein militärische Manöver vollführten. Ja mehr noch, ganz Deutschland bewaffne sich jetzt zu einem Revanchekrieg, und worauf es hinauswolle, sei ein Militärabkommen mit Rußland, wo deutsche Offiziere schon jetzt tätig seien.

In diesem Tone ging es noch eine Weile fort, und Herr Lefebvre hatte wenigstens die eine Genugtuung, daß seine Ausführungen von der Kammer lebhaft applaudiert wurden. Ein anderer unmittelbarer Erfolg war ihm freilich nicht vergönnt. Denn der Antrag auf Festlegung einer zweijährigen Dienstzeit wurde gegen wenige 9 Stimmen abgelehnt, dagegen die 18monatige Dienstzeit, wie sie von der Regierung der Republik vertreten wurde, mit 340 gegen 253 Stimmen angenommen. Es genügt, daß der Berichterstatter des Heeresausschusses auf die Befehle des linken Rheinufers durch Frankreich hinwies, die einen Haupttrumpf in dessen Händen bedeute, um die ungemein patriotischen Herzen der Kammer bis auf weiteres zu beruhigen. Herr Lefebvre wird auch ein anderes Abstimmungsergebnis kaum erwarten haben. Ihm genügt der Eindruck, den seine Schauerstücke auf die naiven Gemüter drücken im Lande hervorrufen sollen und werden. Nationaler Aberglaube hat sich in Frankreich immer noch als eines der wirksamsten Beschwörungsmittel gegen das Aufkommen pazifistischer Meinungen erwiesen. Mit ihm werden wir auch fernerhin sehr ernsthaft zu rechnen haben — umso länger, als die Friedensfreunde es sich einzugesuchen wagen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Vorauszahlung des Beamtengehalts vom 1. Juli.

Zu der Mitteilung, daß den Beamten und Angestellten des Reiches ihre am 30. Juni oder 1. Juli fälligen Bezüge bereits am 24. d. M. ausbezahlt wurden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Kassen angewiesen worden sind, die Gehaltszahlungen nicht am 24., sondern vom 26. d. M. ab vorzunehmen. Unlängst soll mit der Auszahlung der Bezüge der unteren Besoldungs- und Vergütungsgruppen begonnen werden.

Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren.

Der Reichsrat nahm eine Verordnung an, die die Gebühren der Rechtsanwälte abwärts herabsetzt. Für Schreibgebühren, Schreiblöhne, Materialkosten, Porti usw. erfährt der Pauschal einen Teuerungszuschlag von 300 Prozent. Die Teuerungszuschläge zu den Gebühren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden für Streitgegenstände über 5400 Mark auf 75 Prozent, bei Beträgen über 10 000 Mark auf 100 Prozent und bei Beträgen über 20 000 Mark auf 150 Prozent erhöht. Die Tagelöhne werden auf 240 Mark und die Übernachtungsgelder auf 100 Mark erhöht.

Die Maßnahmen zur Hilfe für die Presse.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. In der mehrstündigen Erörterung wurde die Notlage der Presse und die Notwendigkeit der Gegenmaßnahmen allseitig anerkannt. Die Erledigung des Gesetzesentwurfes wurde jedoch auf den 29. Juni vertagt, da wegen der gleichzeitig stattfindenden Kongresse nur wenige Vertreter der Arbeitnehmer anwesend waren. Wie es heißt, sollen übrigens aus verschiedenen Ländern des Reiches bürokratische Bedenken der schnellen Verabschiedung des Gesetzes Hindernisse in den Weg zu legen versuchen.

Die Frage des Uniformtragens.

Ist von dem Abgeordneten General von Schoch in einem Brief an den Reichspräsidenten erörtert worden, worin betont wird, daß das Verbot des Uniformtragens wegen einer einmaligen Überschreitung der dafür bestehenden Bestimmungen eine außerordentliche Härte darstellt. Der General hat darauf aus dem Bureau des Reichspräsidenten ein Antwortschreiben erhalten, worin mitgeteilt wird, daß der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten um Prüfung und Bericht darüber ersucht hat, ob und in welcher Weise eine gesetzliche Neuregelung der Frage des Uniformtragens durch verabschiedete Angehörige der Wehrmacht vorgeschlagen werden kann.

Der deutsch-polnische Annahmevertrag.

Sieht vor, daß für alle im Abstimmungsgebiet begangenen Straftaten Straffreiheit gewährt wird, soweit sie ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen begangen wurden. Straffreiheit wird außerdem gewährt für alle Straftaten, sofern sie nicht höher sind als ein Jahr Gefängnis oder Festungshaft, und alle Haft- und Geldstrafen. Ausgeschlossen von der Amnestie sind Strafen wegen Mordes, Völkerverhetzung, Verbrechen gegen die Volksgesundheit, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen gegen die Sicherheit der Nationen, Verbrechen gegen die Sicherheit der Welt. Die Todesstrafe wird in 15 Jahre, die lebenslängliche Zuchthausstrafe in 10 Jahre Zuchthaus verwandelt. — In Kattowitz fand die feierliche Einführung Calonders, des Präsidenten der gemischten Kommission statt, und in Weiden die Einführung des Professors Raedtenbeek als Präsident der Schiedsgerichtskommission.

Die preussischen Herbergssteuern.

Der preussische Staatsrat stimmte dem Gesetzesentwurf über die Besteuerung des Herbergsvertrages durch die Gemeinden zu. Besteuert sollen alle in Kur- und Badeorten und in Gemeinden über 1000 Einwohner liegenden Hotels, Pensionen und Privathäuser, die Zimmer für vorübergehenden Aufenthalt vermieten, d. h. bis zu 6 Monaten. Der für Verpflegung gezahlte Betrag ist nicht steuerpflichtig. Die vom Staatsrat abgeordneten Sätze der Steuer gehen dahin, daß 20 Mark steuerfrei bleiben, 20 bis 50 Mark 10prozentig, 50 bis 100 Mark 15prozentig, 100 bis 200 Mark 20prozentig, 200 bis 500 Mark 30prozentig und über 500 Mark 40prozentig steuerpflichtig sind. Ausländer haben das Fünffache des Steuerbetrages zu zahlen. Die Steuer kann ganz oder teilweise vom Gemeindevorstand erlassen, für Austritt des A. D. G. B. aus der Arbeitsgemeinschaft.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress beschloß mit 346 gegen 325 Stimmen, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten. Der Bundesvorstand hatte sich für eine Resolution Wiffels ausgesprochen, die für die Arbeitsgemeinschaft eintrat. Der Kongress lehnte ferner in namentlicher Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit einen Antrag ab, wonach mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden müsse, daß die Zwangsbeschäftigungsordnung gesetzliche Kraft erhalte.

Die Getreideumlage im Ausschuss abgelehnt.

Im Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Parteien auf Erhöhung der Getreideumlage auf 4½ Millionen Tonnen abgelehnt, ebenso der Antrag der Rechten auf 1½ Millionen Tonnen, schließlich auch die Regierungsvorlage. Sämtliche Ablehnungen erfolgten mit Stimmentgleichheit von 11 zu 11 Stimmen unter Stimmenthaltungen von vier Mitgliedern des Zentrums und der Demokraten. Hierauf wurde die Stimmabgabe abgebrochen, um für Verhandlungen unter den Reichsparteien Zeit zu gewinnen. Die vorläufige Ablehnung im Ausschuss bedeutet selbstverständlich noch keine Entscheidung über die Umlage.

Bulgarien.

X Nur noch ein Scheinkönigtum? Aus Sofia liegen Meldungen vor, die im Augenblick auf ihre Glaubwürdigkeit hin nicht geprüft werden können. Die bürgerlich-kommunistische Diktatur unter Führung Stamboulski erhebt sich immer drohender. Stamboulski hat die Bauern und Kommunisten bewaffnen lassen, die jetzt wahre Treibjagden auf die Reste der noch in Bulgarien verbliebenen Brangel-Armee veranstalten. Das Königtum existiert in Bulgarien nur mehr dem Scheine nach. Auf dem flachen Lande haben sich absolut bolschewistische Verhältnisse herausgebildet, und Stamboulski kann hier mit den Kommunisten, die ganz auf Moskau hin arbeiten, nur noch im Wege von Kompromissen zusammengehen.

Aus In- und Ausland.

DA Berlin. Die Verhandlungen, die vor einigen Monaten zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung wegen der Eingliederung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung in den Apparat des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung schwebten, können nunmehr, nachdem sie seit einigen Monaten geruht haben, als völlig gescheitert gelten.

Berlin. Der aus Moskau nach Berlin zurückgekehrte sowjetrussische Vertreter Krestinski erklärte, die Genesung Lenins verlief schnell und normal. Lenin sei wieder in den Moskauer Kreml übergesiedelt und bereits imstande, tägliche Spaziergänge zu machen.

Berlin. Der Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat festgestellt, daß die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter durch ihre Beteiligung an der Gründung des „Allgemeinen deutschen Beamtenbundes“ sich außerhalb des Deutschen Beamtenbundes gestellt habe.

Leipzig. Das Reichsgericht hat infolge des Todes Kappes nach Antrag des Oberreichsanwalts beschloffen, daß die am 25. März 1921 erfolgte Beschlagnahme des Vermögens Kappes aufgehoben wird.

Paris. Der französische Senat hat einen Gesetzesentwurf, betreffend die Gründung von Beerdigungsstätten für die während des Krieges in Frankreich gestorbenen deutschen Soldaten angenommen.

DA Moskau. Die Sowjetregierung hat von der englischen Regierung die Einwilligung erhalten, daß die in England befindlichen russischen Schiffe an Rußland zurückgegeben werden. Darunter befinden sich 9 erstklassige Dampfer.

Kattowitz. Aus Anlaß eines Streiks der Hafenarbeiter, der seit mehreren Wochen andauert und an dem 40 000 Arbeiter beteiligt sind, kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Nach einem erbitterten Straßentkampf gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Deutscher Reichstag.

(233. Sitzung.)

OB. Berlin, 23. Juni.

Zuerst wurde heute eine Reihe kleiner Anfragen erledigt. Abg. Unterleitner (U.-Soz.) führte darüber Beschwerde, daß Reichswehrkompanien an bayerischen Regimentsfesten teilgenommen haben, die in Wirklichkeit monarchistische Kundgebungen gewesen seien. Als Regierungsvertreter antwortete Major v. Schieffer, die Reichswehr habe sich mit Genehmigung des Ministers an einer Gedenkfeier für die Gefallenen des Regiments beteiligt. Mitglieder der bayerischen Königsfamilie hätten daran nur teilgenommen, weil auch sie in Beziehung zu dem Regiment standen. Zu monarchistischen Kundgebungen sei es nicht gekommen. Die Ergänzungsfraße des Abg. Unterleitner, ob der ehemalige bayerische Kronprinz Rupprecht mit Genehmigung des Reichswehrministers die Parade der Reichswehr abgenommen habe, wurde vom Regierungsvertreter nicht beantwortet. Ferner fragte der Abg. Lam bach (Deutschnat.), was die Entsendung der deutschen Delegation nach Genoa gekostet habe? Ein Regierungsvertreter gab die Höhe dieser Kosten, die Reisekosten nicht eingerechnet, auf 1 Million 150 000 Lire, also rund 16 Millionen Mark an.

Hierauf wurde der Gesetzesentwurf zur Änderung der Bestimmungen in den Disziplinarrichtlinien im Reichsbeamtengesetz ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Schutzgesetz für die durch die Abtretung preussischen Gebietes an Polen betroffenen Schulden. Nachdem noch der Entwurf der Reichshaushaltsordnung dem Haushaltsausschuss überwiesen worden war, wurde die

Aussprache über die außenpolitischen Interpellationen fortgesetzt.

Staatssekretär Müller wandte sich gegen die Darstellungen der Abgeordneten Reichert und Dauch, als ob die Sachlieferungsabkommen dem Deutschen Reich eine Mehrbelastung über die Verpflichtungen des Versailler Vertrages hinaus auferlegt hätten. Gegenüber den für Deutschland untragbaren Bedingungen des Londoner Ultimatus hätten die Abkommen vielmehr wesentliche Erleichterungen gebracht.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) erklärte: Deutschlands ganzer Jammer müßte jeden anfassend, der die Begründung der Interpellationen gehört hat. Auf diese erschütternden Anlagen gegen den Vernichtungswillen unserer Feinde muß in jedem das Bild ausstrahlen des geachteten und gesicherten deutschen Kaiserreiches, das uns vor Augen steht als großer Vergangenheit und als Sehnsucht unserer Zukunft. (Großer Lärm links.) Wer die Deutschnat des Auswärtigen Amtes studiert, der sieht in ihr ein monumentales Denkmal des deutschen Friedenswillens, des Friedenswillens unseres großen Reicheskanzlers Bismarck. Die Friedensfreunde der ganzen Welt hätten Veranlassung, alljährlich an Bismarcks Grab in Friedrichsruh einen Kranz von Lorbeeren und Palmen niederzulegen. (Beifall rechts, böhmische Zurschneidung.) Ich begreife die besondere Stellung des Ministers des Auswärtigen, aber ich habe kein Verständnis für die abgeklärte Art, mit der er die furchtbare

Drangsalierung der deutschen Bevölkerung am Rhein und an der Saar erörtert hat. Nicht Mißtrauen empfindet die Saarbevölkerung, sondern Erbitterung und Empörung, Haß und Wut. Warum sagen Sie das nicht, Herr Minister. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Bevölkerung am Rhein und an der Saar fühlt sich im wahrsten Sinne verraten und verkauft. (Rufe auf der Linken: Von Ihnen, das sind die Früchte Ihrer Politik!) Der Redner erwiderte einige Worte, worauf der Abg. W. L. (Soz.) mit geballten Fäusten aufsprang. Er und viele andere Abgeordnete der Linken riefen minutenlang dem Redner zu: „Schamloser Geselle!“ Erst nach einigen Minuten laute sich diese Unruhe. Was jetzt an

der Saarbevölkerung vertritt wird, ist das Ergebnis eines schamlosen Betruges, die sich die französische Regierung bei den Vorverhandlungen von Versailles erlaubt hat. Clemenceau hat damals Lloyd George gegenüber die lächerliche Behauptung aufgestellt, daß im Saargebiet 150.000 Franzosen wohnen, während in Wirklichkeit dort keine 100.000 Franzosen oder Französlinge leben. (Hört, hört! rechts.) Hieraus suchte der Redner im einzelnen nachzuweisen, daß im Gegensatz zu der Darstellung des Staatssekretärs Dr. Müller die Sachlieferungsabkommen eine Mehrbelastung Deutschlands bedeuten.

Wir lehnen die Sachlieferungsabkommen ab.
Herr Stampfer hat meinen geschätzten Parteifreund v. Oldenburg in seiner Abwesenheit einen Schürzen und Vaterlandsverräter genannt. Ich möchte ihm nicht raten, ihm das ins Gesicht zu sagen. Der temperamentvolle Herr v. Oldenburg hat sich in diesem Privatbriefe lediglich zu einer unbedachten Äußerung des Unmuts hinreißen lassen. Mein Freund Mörike wird bestätigen, daß Herr v. Oldenburg die 500.000 Morgen tatsächlich doch bebaut hat. Mörike ging der Redner ausführlich auf die Erfüllungspolitik ein. Diese Politik hat bisher die von der Regierung erhofften Früchte nicht getragen, sondern unser Volk immer tiefer ins Elend gestürzt. Das Ausland hat gezeigt, daß es ein unter einer solchen Politik lebendes Volk nicht für kreditwürdig hält. Den scharfen Worten des Reichstanzlers gegen die uns in der letzten Note angeordnete Finanzkontrolle hat er nicht die Tat folgen lassen. Seine großen Hoffnungen auf Genia sind gescheitert, und er ließ den Reichsfinanzminister den Canossagang nach Paris antreten. Die dieser Reise vorausgeschickte deutsche Note ist eines der verhängnisvollsten Dokumente der deutschen Geschichte. Mit dieser Note vom 9. Mai hat sich die Regierung im Gegensatz zu der von ihr selbst veranlaßten Entschließung des Reichstages gegen die Finanzkontrolle gestellt. Selbst dem Reichstanzler gingen die Angelegenheiten des Reichsfinanzministers in Paris zu weit. Gott sei Dank sind die

Pariser Anleiheverhandlungen gescheitert, denn die von unserer Regierung erstrebte kurzfristige Anleihe hätte Deutschland keine Erleichterungen, sondern nur Erschwerungen gebracht. Das Scheitern dieser Verhandlungen hat uns wenigstens von der Verpflichtung befreit, zu den schon unerträglichen Steuern noch neue unerträgliche Lasten zu haben, die bis zur Vermögenskonfiszierung gehen. Wir müssen verlangen, daß die Regierung jetzt sich von den der Reparationskommission gegenüber eingegangenen wahnhaften Verpflichtungen als befreit betrachtet. Diese Verpflichtungen zu neuen Steuern und Zwangsanleihen sind schon deshalb ungültig, weil sie nicht die Zustimmung des Reichstages gefunden haben. Der von der Regierung ausgestellte Wechsel ist sogar von der Mehrheit des Reichstages protestiert und bleibt protestiert. Die Regierung hat dem Reichstag über ihre Haltung bei den Pariser Reparationsverhandlungen geradezu Irreführung. (Hört, hört! rechts.) Sie hat im wesentlichen alles das zugestanden, was die Reparationskommission in ihrer Note verlangt und was der Reichstanzler in seiner Rede selbst als unannehmbar bezeichnet. (Hört, hört! rechts.) Der Redner suchte das im einzelnen nachzuweisen. So seien der Reparationskommission nach dem französischen Text „alle Mittel der Unternehmung“ zugestanden worden. (Hört, hört! rechts.) Nach demselben französischen Text verpflichtet sich die deutsche Regierung, sich über ihre Geldesvorlagen mit der Reparationskommission zu verständigen. (Ungehört! rechts.) Ich frage, was bedeutet die Differenz zwischen dem deutschen Text und dem französischen Text? Wer soll hier hinter das Licht geführt werden? Welcher Text gilt? (Hört, hört! rechts.) Ein Zwischenruf des Abg. Adolf Hoffmann wird von Dr. Helfferich mit der Aufforderung beantwortet, zu ihm herauf zu kommen. Als Adolf Hoffmann dieser Aufforderung folgt, bricht auf den letzten Bänken der Rechten Lärm aus. Minutenlang werden erregte Rufe zwischen rechts und links ausgetauscht.

Mahnung des Präsidenten zur Ruhe.

Präsident Loebe erklärte hier, es sind jetzt viele parlamentarische Rufe gegen den Redner gerichtet worden. Nachdem Dr. Helfferich aber selbst Worte gebraucht hat, wie „Schamlosigkeit“, „Dumme Frage“, „Schämen Sie sich“, war ich nicht in der Lage, die Zwischenrufer zur Ordnung zu rufen. Präsident Loebe ersuchte die Abgeordneten, ihre Plätze wieder einzunehmen und rief den Abg. H. Klein (Komm.) für einen weiteren Zwischenruf zur Ordnung.

Abg. Dr. Helfferich schloß seine Ausführungen über die Reparationsverhandlungen mit dem Rufe: „Eine deutsche Regierung, die ohne Ermächtigung des Reichstages wesentliche Bestandteile der deutschen Souveränität veräußert, gehört vor den Staatsgerichtshof. (Weiß! rechts.) Er schilberte dann immer wieder Enttäuschungen und Enttäuschungen der Rechten die gewaltigen Ausgaben für die Bewaffnungsstruppen. Die deutsche Reichswehr erfordere ungefähr 4 Prozent dieser Kosten. Im besetzten Gebiet besteht jetzt eine ungeheure finanzielle Notlage. Hier riefen die Sozialdemokraten: „Das ist die Frucht Ihrer verkehrten Kriegspolitik!“ Diese Juristen wurden von der Rechten mit Verwünschungen gegen die Zwischenrufe beantwortet. Es gab wieder einen ungeheuren Lärm, der sich erst nach Minuten legte. Am Schluß seiner Rede forderte Dr. Helfferich, es sollen keine neuen Demonstrationen vorgenommen werden. Die Fortsetzung der Erfüllungspolitik sei die sichere Katastrophe. Die Grenzen der deutschen Erfüllungspolitik sind jetzt erreicht und überschritten. (Abg. Stampfer (Soz.) bemerkt hier: „Nun machen Sie doch endlich einen positiven Vorschlag.“ So lange das noch

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

33 (Nachdruck verboten)

Sie hatte ganz ohne Nebengedanken gesprochen; doch Ottobars Blick flog vorwurfsvoll zu seiner Frau — wenn sie doch auch so denken möchte!

Lella verstand wohl, was er meinte; höhnisch schürzte sie die Lippen — ja, wenn er ein berühmter Künstler wäre, von dem alle Welt redete, dann hätte er vielleicht Anforderungen an sie stellen können! Aber so —. Was war er denn? Ein Nichts — ein Schwächling! Es kamen Stunden, da sie sich selbst nicht begriß; wie hatte sie sich gerade den so viel älteren Gatten wünschen können...

Frau von Matthes wandte sich an Lore.
„Ich danke Ihnen für Ihre Begleitung, Hebes Fräulein! Sie haben sehr gut verstanden, sich mir anzupassen — Sie sind sehr musikalisch.“

Lore's Augen leuchteten auf.
„Ich liebe die Musik über alles, gnädige Frau.“
„Singen Sie auch?“
Sie errödete ein wenig.

„Auf dem Seminar hatte ich bei einem sehr guten Lehrer Unterricht.“

„Ah, ich möchte Sie einmal hören!“ rief Frau von Matthes lebhaft, „mich interessieren so junge, bildungsfähige Stimmen. Singen Sie mir ein Lied!“

Lore errödete tiefer. Hier sollte sie singen — hier, vor der Gräfin, die sie erst kürzlich heftig zurückgewiesen, als sie der Kindern auf deren Wunsch einige Lieder vorgesungen? Vor der Gräfin, welche die Musik so wenig liebte — und vor den beiden Herren... Sie zögerte.

„Gott, Fräulein Berger, wenn Frau Geheimrat es wünscht, lassen Sie sich doch nicht so lange bitten!“ sagte die Dame des Hauses schief.

„Singen Sie, was Sie wollen.“ Ermunternd klopfte Frau von Matthes dem jungen Mädchen auf die Schulter. „Haben Sie nur Mut und Vertrauen — Sie haben doch sicher einige Lieder auf Ihrem „Repertoire“, fügte sie scherzend hinzu.

Nach kurzem Zögern begann Lore, anfangs mit zitternder, unfreier Stimme, dann mehr aus sich herausgehend, das österreichische Volkslied: „Verlassen, ver-

lassen Sie mich!“ Mit dem Finger am Abzug kann man von der deutschen Regierung alles erreichen, so lange gibt es für Deutschland keine Rettung. Den Feinden muß gezeigt werden, daß es in Deutschland, um es mit einem Wort zu sagen, noch Männer gibt. (Stürmischer Beifall rechts.)

Als Abg. Stöder (Komm.) seine Ausführungen beendete, verließen die meisten Abg. den Saal. Der Redner bemerkt, es sei bezeichnend für die deutschen Zustände, daß ein Kriegsbrecher wie Helfferich hier eine so schamlose Rede halten könne. Auch Stöder bezeichnet die Behandlung der Bevölkerung am Rhein und der Saar als einen Bruch jedes Völkerrechtes, aber er macht dafür die Wilhelmische Kriegspolitik verantwortlich. Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Belämpfung des Kapitals und der Unternehmungen des Herrn Sünnes. Dem Reichsminister Rathenau sei der Vorwurf zu machen, daß er bei den Sachlieferungen sich nicht ausreichendes Überwachungsrecht ausbedungen habe. Der Redner sprach vor fast leeren Bänken, es waren nur noch 5 oder 6 Abgeordnete im Saale.

Preussischer Landtag.

(154. Sitzung.)

W. Berlin, 23. Juni.

Das Haus nahm heute die Abstimmung über die Anträge zum Haushalt des Staatsministeriums vor. Der deutsch-nationale Antrag über die Kriegsschuldfrage wurde mit der Abänderung der Sozialdemokraten, die von der Nichtalschuld und der Nichtabschuldigung Deutschlands spricht, angenommen. Zu vor hatte der Abg. Waltraut namens der Deutschnationalen erklärt, unter Wahrung der grundsätzlichen Haltung seiner Partei dem Antrag der Sozialdemokraten auf Einschränkung des deutsch-nationalen Antrages zuzustimmen.

Angenommen wurden ferner Anträge über Milchversorgung der minderbemittelten Bevölkerung, Verhinderung der Verwertung von Getreide zum Schnapsbrennen und Bierbrauen, ferner ein Antrag auf wesentliche Erweiterung der Befugnisse der Preisprüfungsstellen zur Wahrung der Interessen der Konsumenten. Abgelehnt wurde der Antrag der Deutschnationalen auf Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes, dafür aber ein Zentrumsantrag angenommen, der nur Frontsoldaten, Kriegsgefangene und Auslandsdeutsche berücksichtigt wissen will.

Allgemeine Finanzverwaltung.

In der Beratung über diesen Gegenstand forderte Abg. L. Schmidt (Soz.) Nachprüfung des Abkommens mit der Familie Hohenzollern, Abg. Dr. v. Kries (Deutschn.) stimmt dem zu, da niemand weniger als die Hohenzollern eine Nachprüfung zu scheuen hätten. Abg. Grebe (Zentr.) will Vereinfachung des Geschäftsganges, Abg. v. G. v. G. (D. Volkspartei) ist gegen einen besonderen Sparminister für Preußen. Abg. Meier (Berlin (U.-Soz.)) will ebenfalls Klarlegung der Abmachung über das Hohenzollernvermögen.

Ungehört! Übergriff der Entente?

Eine Note gegen den Reichstagspräsidenten.

Wenn man einer Ankündigung des französisch-amerikanischen Bureaus „Havas“ glauben darf, plant die Völkertalkonferenz einen Schritt, der alle bisherigen unberechtigten Eingriffe in die inneren Verhältnisse Deutschlands übertreffen würde. „Agence Havas“ meldet aus Paris: Die Völkertalkonferenz stellte den Wortlaut einer Note fest, welche an die deutsche Regierung, als Protest gegen die Reden des Reichstagspräsidenten Loebe für eine Verbindung Österreichs mit Deutschland“ gesandt werden soll.

Reichstagspräsident Loebe vertritt seit langem die Anschlußbewegung und ist Vorsitzender des österreichisch-deutschen Volksbundes. Als solcher ist er mehrfach als Förderer der Anschlußbewegung in Tat und Wort hervorgetreten und hat auch im Reichstage seine Auffassung energisch vertreten. Dazu besitzt er volles Recht, und kein Friedensvertrage, kein Widerstreben gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland kann ihm das verbieten. Was mit einer solchen Note versucht würde, wäre einfach eine Zensur über die freie Meinungsäußerung deutscher Staatsbürger, für die nicht die Spur einer rechtlichen Begründung zu entdecken ist.

Über den Anschluß Österreichs

erklärte Reichstagspräsident Loebe selbst, als ihm die „Havas“-Nachricht vorgelegt wurde: „In allen meinen Reden habe ich hervorgehoben, daß ich den legalen Weg der Annäherung des Völkerbundes in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain über den Anschlußgedanken empfehle. Ich denke nicht daran, zurückzuweichen, weil ich eine Sonderprivileg Österreichs in seinem jetzigen territorialen Umfang für unmöglich halte, und weil jede Änderung dieser heiligen unmöglichen Lage bei dem absolut deutschen Charakter der Bevölkerung Österreichs nur in einem Anschluß an Deutschland bestehen kann. Ich habe übrigens diese ganze

Lassen Sie mich.“ Erschütternd sang sie das Lied, mit einem Ausdruck, der weit über ihre Jahre ging.

Interessiert, immer gespannter lauschend, verfolgte Frau von Matthes Lore's Vortrag, während die Gräfin Altwörden in einer der Mappen mit Kunstblättern herumblätterte, die in ihrer Nähe lag; für den Gesang der Lehrerin ihrer Kinder brauchte sie wahrhaftig kein Interesse zu heucheln!

Der Legationsrat wandte keinen Blick von der jungen Sängerin. Wie war ihm die reine, madonnenhafte Schönheit Lore Bergers so aufgefallen wie leicht.

Und Ottobars Altwörden — ihn durchbeugte es, als diese volle, dunkle Mädchenstimme an sein Ohr schlug. Er wurde bleich bis in die Lippen, sein nervöses, unruhiges Herz klopfte in ungesunden Schlägen. Was waren ihm diese Klänge vertraut — wie oft hatte er von Maria das Lied gesungen, während sie die Äther dazu spielte. Mächtig überkam ihn die Erinnerung. Ein kaum unterdrückter Seufzer hob seine Brust. Bei Gott, sollte er denn nie zur Ruhe kommen?!

Nach der Lore geendet, klopfte Gräfin Lella geräuschvoll das Buch zu, in dem sie geblättert.
„Recht hübsch, Fräulein Berger, doch reichlich sentimental — wie kommen Sie darauf, gerade dieses rührselige Lied zu singen? Fühlen Sie sich wirklich so verlassen? Und Sie haben doch vorhin erst einen Brief bekommen.“

„Er war von meiner Mutter, Frau Gräfin. Und das Lied hat sie manchmal gesungen, wenn ich als Kind sie darum bat. Sie spielte dann Rührer dazu.“

Gräfin Altwörden kramte seine Hände so fest um die Lehne des Sessels, daß sie ihn schmerzten. Was es denn solchen Zufall! — Er wurde noch verrückter darüber, wenn er das Gräßliche nicht ließ. Dieses Allerweltlied — jedermann sang es im deutschen Süden — und so viele Leute spielten Rührer. Unheimlich war es von ihm, darüber weiter nachzudenken! Er wußte doch, daß Lore Berger früh verwaist war, daß sie ganz Dorlach kam, und doch — und doch...
Frau Jakobine von Matthes ergriff impulsiv Lore's Hände.

„Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Stimme, mein liebes Fräulein! Ihnen Sie wirklich nicht, welches Kapital Sie in Ihrer Liebe haben? Diese weichen, dunklen Stimmen sind so selten, und dabei so sehr gesucht!

Wiedlich für sehr unwahrscheinlich, weil ich der Völkertalkonferenz für meine Reden nicht verantwortlich bin und ihr eine Zensur über Reden des Reichstagspräsidenten des Deutschen Reichstages nicht zusteht.“

Feldmarschall Wilson ermordet.

Ein Racheakt der Sinnfeiner.

Der englische Feldmarschall Sir Henry Wilson, der zeitweilige Oberbefehlshaber der englischen Truppen im Kriege, ist von zwei bewaffneten Männern in dem Londoner Wohnhaus des Generals erschossen worden. Drei Polizisten wurden ebenfalls erschossen bzw. verwundet. Beide Täter sind verhaftet.

Der Mord wurde vor der Wohnung des Feldmarschalls verübt. Die beiden Täter heißen Connolly und Mc Brien, und sind beide als Sinnfeiner bekannt. Die beiden Mörder sprangen nach der Tat in ihre Kragendrosche und versuchten, davonzufahren. Die wütende Volksmenge stürzte sich auf sie und nahm sie fest. Wilson war schon seit einiger Zeit unter polizeilichem Schutz, da ein Anschlag auf ihn befürchtet wurde. Polizei befand sich auch vor der Wohnung Wilsons, als der Mord geschah. Das Wohnhaus hat sich zum Zeichen der Trauer verlagert. Der König hat wegen der Mordtat das anlässlich des Geburtstages des Prinzen von Wales geplante Galadiner abgesagt.

Sir Henry Wilson stand im 59. Lebensjahre. Während des Krieges hat er vornehmlich als zweiter Chef des Stabes bei Feldmarschall French eine Rolle gespielt. Nach dem Rücktritt des Generalstabschefs Sir William Robertson im März 1918 wurde er zu dessen Nachfolger ernannt, und nicht lange danach mit dem Titel des Feldmarschalls ausgezeichnet. Er stammte aus Irland; hat jedoch niemals an den extremen nationalistischen Bestrebungen teilgenommen. Als Unionist war er Mitglied des englischen Unterhauses. Seit einigen Wochen hielt sich Wilson in Ulster auf, wohin er von der dortigen Regierung gerufen worden war, um die Ruhe wieder herzustellen. Er hatte sich dabei den Haß der südländischen Republikaner zugezogen. Das Attentat ist wahrscheinlich ein irischer nationalistischer Racheakt.

Solales und Provinzielles.

Halber, den 26. Juni 1922.

□ Zur Wetterlage. Unter dem Einfluß eines eng umgrenzten Tiefdruckgebietes, das am 17. Juni von der Nordsee ostwärts vorstoßend über Mitteldeutschland hinwegzog, gingen im Laufe des 17. und 18. Juni besonders in Mittel- und Süddeutschland schwere Gewitter nieder, die von langanhaltenden starken Niederschlägen begleitet waren. So wurden aus Leipzig und Dresden wolkbruchartige Regenfälle, die am Abend des 17. Juni fast zwei Stunden anhielten, gemeldet. Am Abend des 18. Juni hatte das Tief bereits Ostpreußen erreicht; auf seiner nördlichen Flanke der Himmel wieder schnell auf. Die verbreiteten Niederschläge brachten eine ziemlich starke Abkühlung. In den nächsten Tagen stand West-, Südwest- und Süddeutschland vorwiegend unter dem Einfluß des über Südwesteuropa lagernden Hochdruckgebietes. Die schwachen Winde aus westlichen bis nordwestlichen Richtungen herrschte meist heiteres Wetter; in Aachen stieg das Thermometer am 20. Juni schon wieder auf 24 Grad Celsius. Aber auch in Nord- und Ostdeutschland besserte sich das Wetter ganz wesentlich. Abgesehen von kurzen Gewitterregen blieb der Himmel ziemlich heiter. In der Nacht vom 21. zum 22. Juni wurden aus verschiedenen Gegenden Mitteldeutschlands erneut stärkere Niederschläge gemeldet, die jedoch am Morgen des 22. Juni aufhörten, um wieder dem schönsten Sommerwetter Platz zu machen, so daß man mit dem Sommeranfang ziemlich zufrieden sein konnte. Da bei der gegenwärtigen Luftdruckverteilung Winde aus westlichen Richtungen vorherrschen dürften, ist auch weiterhin mit wiederholten Gewittern und Niederschlägen zu rechnen.

— * Erhöhung des Hypothekenzinsfußes. Die Vereinigung der Sparassien des Regierungsbezirks Arnberg trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei die allgemein interessierende Stellungnahme der Vereinigung zu der Gestaltung des Zinsfußes mitgeteilt. Der Vorsitzende, Direktor Fren, Hagen, führte einleitend aus, daß die Verwaltungskosten eine derartige Höhe erreicht hätten, daß sie die ganzen Zinsüberschüsse zu verschlingen drohten. Die Aufwärtsbewegung der Löhne sei noch keineswegs abgeklungen, neue namhafte Gehaltserhöhungen und Erhöhung der sächlichen Löhne ständen

in solches Material — was wäre daraus zu machen! Dazu Ihr Aussehen — jede Bühne würde sich um Sie bemühen.“

Präsidium glitt ihr Blick über das errötende, verlegen vor ihr stehende Mädchen. Gräfin Lella lachte etwas trampfhaft.

„Tauschen Sie sich auch wirklich nicht, Liebste? Fräulein Berger ist ohnehin schon sehr romantisch veranlagt; eine derartige Aussicht könnte sie leicht verlocken, einer ungewissen Zukunft nachzugehen.“

Nach auf das arme Mädchen sprach aus ihr und ebenso egoistische Sorge, diese tüchtige Arbeitskraft vielleicht zu verlieren.

„Ungewisse Zukunft! Ich garantiere ihr ein ansehendes!“ In begeisterten Worten sprach Frau von Matthes — das war etwas für sie — das Bühnenblut regte sich.

Lore senkte den Kopf; betäubend ging die lebhafteste Rede Frau Matthes über sie hin. Ah, die meinte es gut — die malte ihr eine Zukunft so lockend hin, daß sie mit beiden Händen hätte zugreifen mögen — und doch — es war unmöglich; das kostete zu viel. Sie war auf ihren Verdienst angewiesen, und noch mehr Opfer konnte sie nicht von ihrer Mutter und ihrem Bruder verlangen, als sie schon für sie gebracht haben.

Lella und schüchtern sprach sie das aus.

„Wissen Sie, Fräulein Berger, wie ich angefangen habe?“ fragte Frau von Matthes. „Meine Mutter war eine verwitwete Hauptmannsfrau in Berlin, zwei Brüder Offiziere — kein nennenswertes Vermögen. Und trotzdem habe ich bei einer ersten Gesangsmeisterin Unterricht genommen — nur mit einem Wechsel auf die Zukunft, den mir die Künstlerin vertrauensvoll stellte. Und nachher hat ich bezahlt; denn erst das teure Stundengeld zu ersparen, daran war nicht zu denken. Wenn das also Ihre einzige Sorge ist —“

„Ich glaube, aber nicht, daß mein Bruder damit einverstanden wäre, wenn ich meinen Beruf wechselte.“ „Dann hätte Ihr Bruder recht, Fräulein Berger. Sie sind ja viel zu ängstlich und unbedarft, um je in der Öffentlichkeit zu wirken,“ sagte Gräfin Altwörden abschließend. „Übrigens können Sie ja! Komische Liti zu Bett bringen, es wird Zeit für Sie.“
Damit war Lore entlassen.

Fortsetzung folgt.

Kleine Nachrichten. Rathenau erschossen.

Berlin, 24. Juni. Nach amtlicher Mitteilung wurde heute vormittag Minister Rathenau kurz nachdem er seine Villa im Grunewald verlassen hatte, um sich in das Auswärtige Amt zu begeben, erschossen. Er war sofort tot. Der Täter fuhr im Auto neben Rathenau her und schaute nach vollzogener Tat weiter. Der Täter konnte entkommen.

Konflikt zwischen preussischer Regierung und Staatsrat.
DA Berlin. Zwischen der preussischen Regierung und dem Staatsrat ist ein staatsrechtlicher Konflikt ausgebrochen. Der Staatsrat hat eine Diskussion über die Schuldfrage gewünscht. Die preussische Regierung hat zu der dafür in Aussicht genommenen Staatsratsitzung keinen Vertreter entsandt und erklärt, dass sie auf dem Standpunkt stehe, der Staatsrat sei keine erste Kammer und könne infolgedessen auch nicht verlangen, über eine Frage gleichfalls eine politische Debatte herbeizuführen, die eben erst im Landtag durch die preussische Regierung beantwortet sei.

Keine Reise des Reichspräsidenten nach Magdeburg und Göttingen.

DA Berlin. Reichspräsident Ebert beabsichtigte ursprünglich am 29. d. M. nach Berlin zurückzukehren und sich von hier, einer Einladung folgend, nach Magdeburg und weiterhin zur Jahreshauptversammlung des Reichstages zu begeben. Zur Festigung seiner Gesundheit hat der Reichspräsident jedoch seinen Aufenthalt in Potsdam verlängern und infolgedessen die Einladungen nach Magdeburg und Göttingen ablehnen müssen.

Gegen die Belästigung durch Automobile.

Dresden. Minister Lipinski teilte im Landtage mit, daß er eine Verordnung erlassen habe, durch die der Privatverkehr an Sonntagen im Interesse der Spaziergänger wesentlich eingeschränkt wird.

Keine Unruhen in Österreich.

Stuttgart. In süddeutschen Banntreifen waren Gerüchte verbreitet, wonach in Österreich Unruhen ausgebrochen seien. Von amtlicher Stelle wird auf Grund telefonischer Unterredungen mit Wien mitgeteilt, daß diese Gerüchte nicht auf Tatsachen beruhen.

Dänisches Familienrecht in Nord Schleswig.

Hensburg. Der dänische Reichstag hat den Gesetzentwurf angenommen, durch welchen das dänische Recht hinsichtlich der Vermögensverhältnisse zwischen Ehegatten für alle vom 1. Juli 1922 an geschlossenen Ehen und für diejenigen früher geschlossenen Ehen eingeführt wird, hinsichtlich derer nicht wenigstens ein Ehegatte vor dem 1. Oktober die Aufrechterhaltung des bisher geltenden Ehegesetzes fordert. Das dänische Ehegesetz schreibt im allgemeinen Vermögensgemeinschaft zwischen den Ehegatten vor. Ebenso wird das dänische Ehegesetz in Nord Schleswig eingeführt.

Bombenattentat in Budapest.

Budapest. Hier wurde auf das Haus des Vereins der erwachenden Ungarn ein Bombenattentat verübt, bei dem das Tor vollständig zerstört wurde. Der 62jährige Kaufmann Josef Ronta wurde verletzt. Die Attentäter konnten bisher noch nicht verhaftet werden.

Direkter Warenverkehr Deutschland-Jugoslawien.

DA Belgrad. Auf Anregung führender jugoslawischer Handelskreise wird gegenwärtig im Verkehrsministerium ein Projekt auf Einführung direkter Güterzüge von Deutschland nach Jugoslawien geprüft.

Tod eines namhaften amerikanischen Diplomaten.

DA New York. In New York ist im Alter von 67 Jahren der ehemalige amerikanische Botschafter in Wien, Frederic Courtland Penfield, gestorben. Er vertrat die Vereinigten Staaten am Wiener Hofe vom Juli 1913 bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1917. Penfield war aus dem Journalismus hervorgegangen.

Landwirtschaftliches.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Früher war das Ziel der landwirtschaftlichen Genossenschaften, selbst möglichst wenig zu verdienen und den Genossenschaftlern möglichst viel zuzuwenden. Deshalb galt jede Handlung, die dem Widerspruch, als eine Sünde gegen den Geist des Genossenschaftswesens. Heute sind die genossenschaftlichen Organisationen durch den Gang der Verhältnisse viel mehr darauf angewiesen, in ähnlicher Weise wie der Handel, sich Verdienst zu sichern, um sich entwickeln zu können. Zweifellos muß hierin Maß gehalten werden, wenn innere Berechtigung und tiefere Idee des Genossenschaftswesens nicht völlig aufgegeben werden sollen. Die an Handel, Industrie und Großbanken allenthalben beobachtete Konzentration an sich aber konnte und dürfte auch an den wirtschaftlichen Instituten der Landwirtschaft nicht vorübergehen.

Was aus dem Wert Raiffeisens schließlich geworden, wie neben ihm der Zentralverband deutscher Genossenschaften entstand, ist bekannt. Nicht in gleichem Maße ist in der Öffentlichkeit davon gesprochen, daß auch die großen wirtschaftspolitischen Organisationen dem Genossenschaftswesen hohe Aufmerksamkeit zuwenden mußten. Sie konnten und wollten ihre Mitglieder auf wirtschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete auf die Dauer nicht an andere Stellen verweisen. Mit einem solchen Verfahren hätten sie ein wertvolles Mittel immer kräftiger ungenutzt gelassen, von dem z. B. die Gewerkschaften mit ihren Konsumvereinen den erfolgreichsten Gebrauch gemacht haben.

Allen anderen Organisationen voran hat der Bund der Landwirte diese Zusammenhänge schon frühzeitig erkannt. Schon 1896 gründete er sich seine besondere Genossenschafts-Abteilung, ein Jahr später den erforderlichen Revisionsverband, eine genossenschaftliche Zentralkasse und verglichen mehr. Als nach der Revolution für die Landwirtschaft eine noch bedrohlichere Lage entstand, wie in der Caprivizeit, und allenthalben die Landbünde entstehen ließ, der gleiche Vorgang. Überall regte sich auch hier der Trieb nach wirtschaftlicher Betätigung und genossenschaftlicher Zusammenfassung, nach Konzentration. Wie sich der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund schließlich zum Reichs-Landbund verschmolzen, folgte diesem Zusammenschluß auch die Zusammenfassung der genossenschaftlichen Gründungen beider Verbände. So entstand der Genossenschaftsverband des Reichs-Landbundes, der, auf die Vorgeschichte des Bundes der Landwirte zurückgehend, am 10. Juni d. J. seinen 25. ordentlichen Verbandstag begeben konnte. Verbot der Ernst der Zeit hierfür auch besondere Feier, so konnte dabei doch mit großer Genugung festgelegt werden, daß aus kleinen Anfängen unter fester Leitung in ihm ein Gebilde entstanden ist, das in vielen Provinzen die Gleichstellung mit den andern beiden großen Verbänden mit Recht beanspruchen darf. Der Verband zählt zurzeit etwa 1300 Genossenschaften, unter denen die Kreislandbundgenossenschaften als Spezialtyp hervorragen.

Gleiche Ernteaussichten.

Der Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes, Herr Nicolas, schreibt uns: Nach meiner Rundreise durch die Mark sind mir sehr ernste Bedenken über die Ertragsnisse der neuen Ernte gekommen, und wenn das Wetter uns nicht bald Feuchtigkeit beschert, dann müssen wir Schlimmes befürchten.

Nach einem sehr langen und harten Winter mit sehr wenig Feuchtigkeit folgte für die märkische Landwirtschaft ein zeitweise sehr heißes und durchaus sehr trockenes Früh-

jahr. In ausgedehnten Teilen der Mark brachte der Mai so wenig Niederschläge, wie seit vielen Jahren nicht. In der Neumark fielen z. B. 1920 im Mai 106 Millimeter, 1921 nur 67 Millimeter und in diesem Jahre sogar nur 19 Millimeter. Außerdem herrschen seit den letzten Tagen heftige austrocknende Winde.

Von Roggen, der Hauptfrucht, ist keine Mittelernte mehr zu erhoffen. Die Futtererträge werden das Abwerten nicht verlohnen, zum Abhüten sind die Erträge zu hart geworden und die Klempflanzen fehlen ganz. Der erste Schnitt der Wiesen wird weit unter dem Durchschnitt ausfallen.

Mit ernstlicher Sorge sieht der Landwirt in die Zukunft, aber von dem drohenden Unheil scheint man am grünen Tisch der Regierung nichts zu ahnen oder nichts sehen zu wollen.

Nur zerbricht man sich doch den Kopf, wie es durchzuführen ist, dem Landwirt die geringe Ernte für möglichst wenig Papiermark zu enteignen, anstatt jetzt schon darauf hinzuwirken, die städtische Bevölkerung mit Brot zu versorgen, wenn bei dieser Versorgung in diesem Jahre die märkische Landwirtschaft ausfallen muß.

Im vorigen guten Roggenjahre hat sich der märkische Landwirt angefreut, die unverhältnismäßig hohe Umlage — Brandenburg mußte ein Zehntel der Gesamtumlage für das ganze Deutsche Reich aufbringen — abzuliefern. In diesem Jahre wird er weniger ernten, als allein die Umlage ausmacht.

Hier bestraft sich auch für die Allgemeinheit die Lässigkeit der Stellen, die nicht dafür gesorgt haben, daß den Landwirten die Stickstoffdüngemittel zur richtigen Zeit zu gestellt wurden.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

(„Brief“ = angeboten. „Geld“ = gesucht.)

Währungspläne	23. 6.		22. 6.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland 100 Gold.	127 34,05	127 35,95	124 84,25	125 15,65	170 M.
Dänemar. 100 Kron.	7091,10	7105,90	68 61,25	6978,75	112
Schweden 100 Kron.	8489,40	8490,00	8 63,50	8390,50	112
Norwegen 100 Kron.	5463,15	5475,85	54 13,15	5456,85	112
Schweiz 100 Franc	6284,60	6300,40	6242,15	6257,85	72
Amerika 1 Dollar	331,08	331,92	328,08	328,92	4,40
England 1 Pf.	1460,65	1461,95	1453,15	1454,55	20,20
Frankreich 100 Franc	2824,95	282,6,05	2828,95	2836,05	80
Belgien 100 Franc	2681,10	2690,90	2676,65	2683,35	80
Italien 100 Lire	153,90	1557,00	1593,00	1597,00	80
D. Oesterr. 100 Kron.	2,03	2,05	2,08	2,12	85
Ungarn 100 Kron.	84,05	84,15	83,05	83,15	85
Tschechien 100 Kron.	632,70	634,90	622,20	623,80	

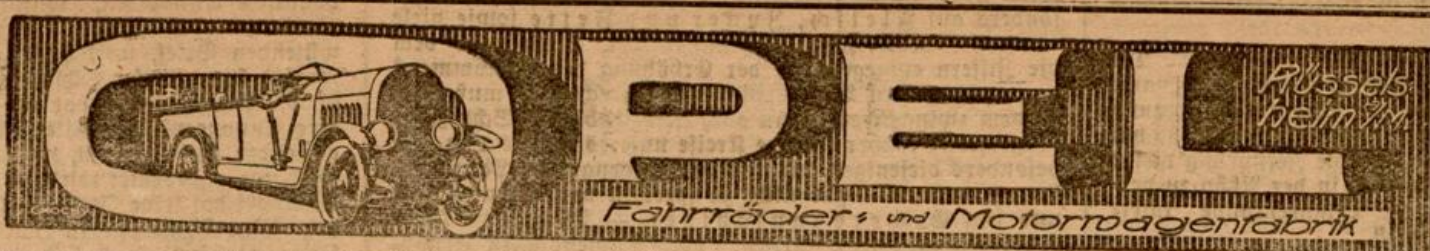
Berlin, 23. Juni. Polenmarkt an der heutigen Börse 7,85 Pf.

* 10 Mark für die Kilowattstunde elektrisches Licht in Berlin wurden vom Magistrat festgesetzt als Preis für die Abgabe aus den städtischen Werken an die Verbraucher. Die an die Steigerung der Heizpreise in letzter Zeit erinnernde Maßregel wird mit der Erhöhung der Heizpreise erklärt.

* Der Brotpreis in Dresden herabgesetzt. In Dresden ist etwas Außerordentliches vor sich gegangen. Der Brotpreis ist mit Wirkung ab 21. Juni von 15,30 auf 14,70 Mark für das 1900-Gramm-Brot herabgesetzt worden.

* Hamburger Butterpreise. In der Mittwoch-Butterauktion der Meiereiverbände für Schleswig-Holstein in Hamburg waren die Preise bei geringen Zufuhren wieder höher und bewegten sich von 60,50 bis 64 Mark pro 100 Pfund gegen 60 bis 61,95 Mark der letzten Auktion am 14. d. Mts.

■ Schriftleitung: Wiltg. Bell, Halber i. Westf.



Opel-Automobilverkauf Franz Cremer & Co.
Karl- und Körnerstraßen-Ecke Hagen i. Westf. Fernsprech-Anschluß Nr. 2193



Amt Halver.

Laut Beschluß der Amtsversammlung vom 8. Juni d. J. sollen gemäß Artikel 6 der Verordnung betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbau vom 22. November 1921 für die Zeit vom 1. Oktober 1921 — 31. März 1922 an Zuschlägen 5% für das Rechnungsjahr 1922 25% des Gebäudenutzungspreises erhoben werden.

Halver, den 21. Juni 1922 Der Amtmann.

Amt Halver.

Tabaksuranmeldungen

Jeder, der Tabak anpflanzt, ist verpflichtet, die angepflanzten Flächen bis zum 15. Juli d. J. anzumelden. Wer nach diesem Zeitpunkt Tabak anpflanzt, hat dieses innerhalb drei Tagen nach der Anpflanzung dem zuständigen Zollamt anzuzeigen. Die vorgeschriebenen Formulare sind im Amtshaus Zimmer 2 erhältlich.

Halver, den 19. Juni 1922. Der Amtmann.

Amt Halver.

Die staatliche Wohnungsbauabgabe ist mit Wirkung vom 1. April 1922 ab von 5 auf 25% des Gebäudenutzungspreises erhöht.

Auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 15. April 1922 III 5 Nr. 1228 II wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Halver, den 21. Juni 1922. Der Amtmann.

Allgem. Ortskrankenkasse Kierspe.

Termine zur Zahlung der Beiträge finden statt:
in Kierspe am 3. Juli v. 10—12 u. 2—4 1/2 Uhr,
in Kierspe-Bhf. am 4. Juli v. 10—12 u. 2—4 1/2 Uhr,
in Völsme am 5. Juli v. 10—12 Uhr,
in Oberbrügge am 5. Juli v. 2—4 1/2 Uhr,
in Rönsholt am 3. Juli v. 10—11 u. 2—4 1/2 Uhr.

Sie finden

bei uns noch hervorragende
Qualitäten in großer Auswahl
weit unter Tagespreis

Herren- u. Jünglings- ANZÜGE

in bester Ausführung, blau
und farbig

1250 1650 1975 2400 2800 3200 3500

Covercoat
Marengo-Paletots
Schlupfer
1850 2500 2900 3200

Merkur

Spezialhaus mod. Herren- u. Jünglingskleidung
Hagen i. W., Kampstr. 18 a.

Nur 1. Etage!



Schützen-
Gesellschaft
Halver.

Am Freitag, den 30. Juni, nach 6 Uhr soll auf dem F.-Platz auf der Carlshöhe die Anweisung für die Verkaufsbuden usw. erfolgen, was wir hierdurch zur Kenntnis der Beteiligten bringen.

Mittwoch, den 28. Juni, letzte Aufnahme neuer Mitglieder vor dem Fest. Parteipartoutkarten werden nur bis Freitag, den 30. Juni, abends durch unsere Schriftführer Rob. Bell ausgestellt.

Der Vorstand

Dienstag morgen erhalte ich

oldenb. Schweine.

Hugo Kerspe, Halver.
Telefon 52

Tabak

empfiehlt
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Wir suchen einige geübte
**Hammer-
Schmiede**

für schwere Hämmer
bei hohem Akkordlohn.
**Dresbach & Co.,
Halver.**

Größere Anzahl Arbeiter

für sofort oder in 14 Tagen
gesucht (ältere, jüngere, auch
Mädchen oder Frauen).
**Kaiser & Spelsberg,
Elektrotechnik Fabrik,
Schalksmühle i. Westf.**

Junger ordentlicher
**Montierer
oder Montiererin**

für elektrotechnische Bedarfs-
artikel sofort gesucht.

**Gefler & Schriever,
Kierspe-Bhf.**

Die über Ernst Guppert,
Oberbrügge ausgesprochene
Beleidigung nehme ich hier-
mit zurück.
Anna Gutberlet.

Vertreter gesucht

für den provisionsweisen
Verkauf von: Packpapier,
Bindfaden, Metallkoll-
letts sowie Eisenpackföbe.

Nur seriöse, eingef. und
bestens empfohlene Herren
belieben Angebote einzu-
reichen an

**August Diefel,
Hagen i. W.,
Böhmerstraße 41.**



Betten

**Bettfedern
Bettbarchent**
alles einzeln oder kom-
plett, billig zu haben im
Bettenhaus Woz,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.